

1 Einleitung

Die Schweiz im Allgemeinen und die schweizerische Politik im Besonderen machen unruhige Zeiten durch. Außenpolitisch ist die Schweiz unter enormem Druck im Nachgang der globalen Finanzkrisen Ende der letzten Dekade und der darauf folgenden Schulden- und Währungskrisen. Exemplarisch seien hier die faktische Abschaffung des Bankgeheimnisses sowie der geforderte automatische Bankkundendatenaustausch genannt, welcher zwischenzeitlich mit den USA faktisch installiert wurde. Andere bereits mit Drittstaaten ausgehandelte Doppelbesteuerungsabkommen wurden in einzelnen Nachbarstaaten der Schweiz jedoch nicht akzeptiert. Der Finanzplatz Schweiz ist permanenter Kritik ausgesetzt und die Politik müsste unter großem internationalen Druck zeitnah handeln können. Doch gerade auf rasches Handeln ist das *System Schweiz* nicht ausgelegt. Damit isoliert sich der helvetische Kleinstaat aber immer mehr. Zum Ende des Jahres 2010 gab der luxemburgische Premierminister und vormalige Vorsitzende der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, der deutschen ZEIT ein Interview, in welchem er den möglichst raschen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union EU befürwortete:

„Es bleibt ein geostrategisches Unding, dass wir diesen weißen Fleck auf der europäischen Landkarte haben. [...] Die Schweiz ist ohne Zweifel ein europäisches Kernland. Was um sie herum passiert, betrifft die Schweiz, direkt oder indirekt. Vieles, von dem die Schweizer denken, es sei urreidgenössisches Denken, ist auch in europäischen Landstrichen vertreten. Ein EU-Beitritt würde die Schweiz stabilisieren [...]“¹.

Dass ein Nicht-Schweizer die Stabilität derselben in Frage stellte, war ein verbaler Fauxpas, der denn auch umgehend entsprechende Reaktionen und Protestnoten auslöste. Insbesondere der rechtspopulistische Flügel der Schweizerischen Volkspartei SVP fühlte sich berufen, auf den eben zitierten Artikel in aller Schärfe zu reagieren. Die Schweiz verliert zusehends die Möglichkeiten und Fähigkeiten, auf bilateralem Wege mit der EU zu kooperieren. Auch eine Mitglied-

¹ Interview online unter: <http://www.zeit.de/2010/51/CH-Interview-Juncker> (20.01.2011).

schaft im Gremium der G20 als einem der weltweit einflussreichsten Wirtschaftsgruppierungen ist ebenso wenig absehbar, da entsprechende Seilschaften und Koalitionen fehlen, selbst wenn die Schweiz am G20-Finanzminister-Gipfel im Februar 2013 als Gast des russischen Ministerpräsidenten eingeladen wurde. Dieser Umstand entbehrt nicht einer gewissen historischen Ironie, war es doch der russische Zar Alexander, welcher sich anlässlich des Wiener Kongresses von 1815 ebenfalls dezidiert für die Belange der Eidgenossenschaft eingesetzt hatte.

Der internationale Druck, auch von außerhalb der EU, auf die Eidgenossenschaft nimmt zu: Die schweizerischen Finanzinstitute übernehmen faktisch unter Zwang die Richtlinien der OECD, internationale Steuerabkommen müssen neu ausgehandelt werden und das historische Bankengeheimnis wurde bereits dergestalt aufgeweicht, dass man gar nicht mehr von einem solchen sprechen kann. Die nächste Verhandlungsrunde mit den direkten Nachbarn, der Europäischen Union, steht mit den, wenn auch nur unilateral von der Schweiz so bezeichneten, *Bilateralen III*² vor der Türe. Doch mit der Osterweiterung der letzten Jahre verliert die EU offenkundig die Geduld mit der Schweiz und der Tonfall wird zusehends schärfer. Der vormalige polnische EU-Ratspräsident, Jerzy Buzek, machte bei einem Staatsbesuch in der Schweiz denn auch klar, dass die Zeit nun gekommen sei, die aktuellen einhundertzwanzig bilateralen Verträge in einen einzigen Rahmenvertrag umzuschreiben. Unterstützung fand er auch im ehemaligen Botschafter der EU in der Schweiz, Michael Reiterer. Dieser leitete von 2006 bis 2011 die Europäische Delegation für die Schweiz und das Fürstentum Lichtenstein in Bern. Ihm war in seiner Amtszeit vor allem wichtig aufzuzeigen, dass die *EU-12* von 1999 nicht zu vergleichen sei mit der aktuellen *EU-27*. Viel tiefer sei die Integration fortgeschritten und die EU sei heute wesentlich dynamischer als die Schweiz. Wenn nun ein dynamisches System auf ein statisches treffe, so Reiterer im Interview mit dem Autor (2011), dann führe das unweigerlich zu Reibungsverlusten, welche künftig durch eine Dynamisierung der Schweiz in Bezug auf die Beziehungen zur EU zu vermeiden wären.

Vor diesem Hintergrund der außenpolitisch notwendigen internationalen Kooperation und Zusammenarbeit gewinnen innenpolitisch jedoch gerade die

² Als *Bilaterale* werden die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU bezeichnet. Bisher wurden zwei solcher Pakete von beiden Seiten unterzeichnet und in Kraft gesetzt. Obschon die EU fortan keine weiteren solche Verhandlungen führen will – es sei denn die Schweiz übernehme weitestgehend geltendes EU-Recht – wird innerhalb der Schweiz von den *Bilateralen III* als neu zu verhandelndes Vertragspaket gesprochen.

nationalistisch-konservativen Kräfte zusehends an Auftrieb. Gleichsam einer bereits erwähnten Gegenbewegung zur Internationalisierung und Globalisierung ist es vor allem die politisch rechts anzusiedelnde Schweizerische Volkspartei SVP, welche mit oftmals populistischen Slogans über Schweizer Werte, Ausländerfeindlichkeit, und der Frage danach, wer denn nun ein *richtiger Schweizer* sei, Abstimmung um Abstimmung der letzten Jahre gewonnen hat. Die bildstarken Plakate der SVP mit ihren vereinfachten Darstellungen hochkomplexer Sachverhalte zieren auch außerhalb der Wahl- und Abstimmungskampfzeiten öffentliche Wände. „Hemmungslos macht diese Partei mit Stiefeln und schwarzen Schafen Stimmung gegen die Ausländer in der Schweiz“ (Widmer, U. 2011: 72f.). Im Herbst 2011 wurde das Eidgenössische Parlament, bestehend aus dem Stände- und dem Nationalrat, für die 49. Legislaturperiode 2011-2015 neu gewählt. Die Darstellung in Tabelle 1 zeigt die Kräfteverteilungen im Vergleich zu den Wahlen von 2007.

Diese nationalen Gesamterneuerungswahlen des Parlamentes vom 23. Oktober 2011, bei welchen der Nationalrat, also die Volksvertretung, wiederum für vier Jahre gewählt wurde, ergab eine nominale Schwächung der Rechtspartei SVP und eine nominale Stärkung der Zentrumsparteien. Diese Stärkung der Mitte ist jedoch dadurch zu relativieren, dass sie in einem historisch noch nie dagewesenen Maße zersplittert wurde. Die Parolen insbesondere der drei bürgerlichen Gruppierungen standen und stehen teilweise im Kontrast zu den internationalen Gegebenheiten, in welchen Kooperationen und Zusammenarbeit, Austausch und staatsübergreifende Lösungsfindungen gefordert sind. Kein Nationalstaat kann mehr die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts autark bewältigen. Kein Nationalstaat ist mehr sozial, technologisch oder militärisch in der Lage, auf Kooperation zu verzichten. Die vergangenen Jahre haben dies mit den historischen Demokratisierungsbemühungen in Nordafrika, den globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen und vielen anderen internationalen und globalen Herausforderungen in aller Deutlichkeit aufgezeigt.

War die politische Mitte über Jahrzehnte fast ausschließlich den beiden Parteien FDP und CVP vorbehalten, so erstarkten nun neben den beiden Traditionsparteien die neue Bürgerlich Demokratische Partei BDP und vor allem die Grünliberale Partei GLP. Die politische Linke konnte im Nationalrat ihre Position verteidigen, legte sogar leicht zu. Die SVP bleibt in der Legislaturperiode 2011-2015 nach wie vor die stärkste Fraktion mit 54 von 200 Mandaten, gefolgt von den Sozialdemokraten mit 46 Sitzen und den neu nun vier Mitteparteien

Tabelle 1: Bundesmandate der Parteien im Vergleich 2007 und 2011
(eigene Darstellung)

	National- ratssitze		Ständerats- sitze		Bundes- ratssitze	
	2007	2011	2007	2011	2007	2011
SVP Schweizerische Volkspartei	62	54	7	5	2	1
SPS Sozialdemokratische Partei Schweiz	43	46	9	11	2	2
FDP. Die Liberalen Freisinnig Demokratische Partei	31	30	12	11	2	2
CVP Christliche Volkspartei	31	28	15	12	1	1
Grüne Partei	20	15	0	2	0	0
GLP Grün-Liberale Partei	3	12	1	2	0	0
BDP³ Bürgerlich Demokratische Partei	0	9	0	1	0	1

FDP (30 Sitze), CVP (28 Sitze), GLP (12 Sitze) und der BDP mit neun Mandaten. Die Grünen hatten eine eigentliche Wahlschlappe erlitten und verloren rund

³ Zum Zeitpunkt der Gesamterneuerungswahlen 2007 existierte die Bürgerlich-Demokratische Partei BDP noch nicht. Entgegen der internen Parteiweisung (welche Christoph Blocher zur Wiederwahl empfohlen hatte) nahm die SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf aus dem Kanton Graubünden ihre Wahl zur Bundesrätin im Dezember 2007 an, nachdem Blocher nicht wiedergewählt wurde. Widmer-Schlumpf wurde Wochen später aus der SVP ausgeschlossen. Auch der amtierende SVP-Bundesrat Samuel Schmid ließ sich nach einem glanzvollen Resultat wieder vereidigen – entgegen der Parteinstruktion, welche seinen Rückzug gefordert hatte. Daraufhin wurde die BDP als Absplitterung der SVP gegründet, zu welcher neben Widmer-Schlumpf und Schmid weitere Exponenten aus der SVP (sowohl aus dem Bundesparlament als auch aus kantonalen Gremien) übertraten. Für ein paar wenige Monate hatte die wählerstärkste Partei der Schweiz tatsächlich formell keinen Bundesrat in der Regierung. Erst mit der Wahl von Parteipräsident Ueli Maurer im Dezember 2008 ist sie wieder mit einem Mandat vertreten. Ein zweiter Bundesratssitz wurde ihr bis dato vom Parlament verweigert – im Hinblick darauf, dass mit Eveline Widmer-Schlumpf eine Person im Gremium sitzt, welche ursprünglich als SVP-Kandidatin vom Parlament gewählt. Sie wurde im Dezember 2011 mit einem hervorragenden Resultat in ihrem Amt bestätigt.

einen Viertel ihrer bisherigen Sitze. Die Neue Zürcher Zeitung NZZ beschrieb wenige Tage nach den Parlamentswahlen das Ergebnis als „Die bunte neue Welt im Bundeshaus – grüner, wirtschaftsfreundlicher, reformfreudiger: Erste Konturen des frisch gewählten Parlaments“ (NZZ vom 25.10.2011, S. 9). Es sind in der Schweiz neu nun deren sieben Parteien, welche maßgebend an den Sitzen im Parlament teilhaben, wovon in der Legislaturperiode 2011-2015 fünf davon weiterhin auch die Regierungsmitglieder⁴ stellen. Der Höhenflug der SVP der letzten Jahre wurde aufgehalten – ja mehr noch: Die erklärten Ziele der Partei, nämlich im Nationalrat die Dreißig-Prozent-Marke zu erreichen und im Ständerat die größte Fraktion zu stellen, scheiterten. Selbst die bekanntesten und populärsten Exponenten der SVP, darunter auch der Partei-Chefstrategie Christoph Blocher⁵, schafften den Sprung ins *Stöckli*, den Ständerat, nicht. Sie verblieben jedoch weiterhin im Nationalrat oder wurden erneut in diesen gewählt.

Inmitten dieser Multipolarität der Erhaltung eidgenössischer Traditionen und Werte, Selbstbestimmung und Souveränität, dem unausweichlichen Zwang zu Kooperation nach Innen und Außen, dem Druck der Globalisierung und Internationalisierung, dem Wunsch nach politischer Führung und der Erhaltung des schweizerischen Lebensstandards steht der Bundesrat als oberste leitende und vollziehende Behörde, als Vertreter der Eidgenossenschaft, im Rampenlicht. Diese Regierung aus sieben gleichberechtigten Magistraten⁶, welche sich gemäß einer seit 1959 im Sinne eines *Gentlemen's Agreement* akzeptierten Zauberformel noch bis vor wenigen Jahren aus den vier größten Parteien zusammengesetzt hatte, bemüht sich um Konsens und Ausgleich. Die als *Zauberformel* benannte Zusammensetzung der Regierung geht auf die Bundesratswahlen 1959 zurück. Damals waren gleich deren vier Sitze neu zu besetzen, also mehr als die Hälfte des Kollegiums. Mit Wähleranteilen um fünfundzwanzig Prozent jeweils bei der FDP, der CVP und der SP und zwölf Prozent bei der Bauern-, Gewerbe und Bürgerpartei BGB, der späteren SVP, drängte sich nach den Nationalratswahlen vom Herbst 1959 eine Gleichbehandlung der drei großen Parteien mit je zwei

⁴ Mit der Bundesratswahl vom 14.12.2011 blieben weiterhin fünf verschiedene Parteien in der Regierung. Rücktritte einzelner Mitglieder der Regierung könnten aber jederzeit auch während der Amtszeit 2011-2015 zu neuen Konstellationen führen.

⁵ Alt-Bundesrat Christoph Blocher kandidierte 2011 erneut erfolgreich für den Nationalrat, welchem er bereits vor seiner Amtszeit als Bundesrat (2003-2007) angehört hatte.

⁶ Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Folgenden vor allem die männliche Sprachform verwendet, obschon jeweils beide Geschlechter gemeint sind.

Exekutivsitzen auf. Dem Juniorpartner der Konkordanz, der viertgrößten SVP, wurde im Verhältnis der Kräfte ein Sitz zugebilligt. Diese Zusammensetzung ist in keinem Verfassungsartikel garantiert, doch wäre eine Einparteienregierung oder auch eine Koalition unter Ausschluss einer der beiden großen Kräfte heute in der Schweiz wohl eher nicht vorstellbar. In dieser Diskussion um die Regierungszusammensetzung darf aber nicht in Vergessenheit geraten, dass gerade die Einparteienregierung über Jahrzehnte hinweg der Fall war. Nach der Gründung 1848 stellten die *Liberal-Radikalen*, die nachmalige FDP, für über vier Jahrzehnte sämtliche sieben Mitglieder der Regierung. Erst 1891 wurde ein CVP-Bundesrat gewählt, 1929 folgte der erste BGB (SVP)-Sitz und 1943 war erstmals auch die SP Schweiz in der eidgenössischen Exekutive vertreten. Die seit 1959 im gegenseitigen Einverständnis der großen Parteien angewendete Zauberformel wurde als eigentlicher Garant für Stabilität in der Konkordanz angewendet.

Im Jahre 2003 musste die CVP dann jedoch einen Regierungssitz zu Gunsten der SVP abgeben, ohne das arithmetische Arrangement der Zauberformel allerdings zu verletzen, denn die SVP war zwischenzeitlich zur wählerstärksten Partei avanciert. Erst 2007, mit der Nicht-Wiederwahl⁷ von Bundesrat Blocher und dem Übertritt seiner Nachfolgerin Widmer-Schlumpf von der SVP zur BDP wurde mit der bis dato gültigen Zauberformel gebrochen. Dieser Fakt ist jedoch historisch nicht ganz korrekt, wurde doch Widmer-Schlumpf noch als SVP-Mitglied gewählt und trat erst Wochen später, nach ihrem Ausschluss aus der Partei, zur neugegründeten BDP über. Der in der arithmetischen Konkordanz nicht gerechtfertigte Sitz⁸ der noch jungen BDP in der Landesregierung wurde dennoch von der Vereinigten Bundesversammlung am 14. Dezember 2011 bestätigt, als sie die amtierende Bundesrätin Widmer-Schlumpf bereits im ersten Wahlgang – in Konkurrenz zu den beiden von der SVP ins Rennen geschickten Kandidaten – wieder wählte. Der Anspruch der wählerstärksten SVP auf einen zweiten Bundesratssitz war zwar über alle Parteigrenzen hinweg unbestritten, doch hatte die Partei im Vorfeld der Bundesratswahlen im Dezember 2011 viel Staub aufgewirbelt und buchstäblich in letzter Minute noch ihren Kandidaten ausgewechselt, welcher über berufliche Ungereimtheiten gestolpert war. Zudem leistete die am-

⁷ Es gibt im politischen System der Schweiz die Möglichkeiten einer Abwahl eines Bundesratsmitgliedes durch das Parlament nicht. Eine Nicht-Wiederwahl kommt faktisch jedoch einer Abwahl gleich.

⁸ Die BDP verfügte nach den Gesamterneuerungswahlen des Parlaments 2011 lediglich über einen Anteil von 5.5 %, während die SVP und die SP je einen Wähleranteil von über 20 % vertreten.

tierende Finanzministerin Widmer-Schlumpf in den turbulenten Vorjahren sehr gute Arbeit, welche nun vom Wahlorgan honoriert wurde. Die Versammlung wählte sie gleichentags auch als Bundespräsidentin für das Jahr 2012.

Die Nichtwahl eines zweiten SVP-Kandidaten in die Bundesregierung – weder im Duell mit der amtierende BDP-Bundesrätin Widmer-Schlumpf noch als Ersatzwahl für den zurückgetretenen SP-Bundesrat Leuenberger – wurde von der unterlegenen Partei unter anderem als „Verrat an der Konkordanz“⁹ bezeichnet. Mit der Bundesratswahl vom 14. Dezember 2011 wurde die Bedeutung des Bundesratsgremiums durch das Verhalten der SVP im Vorfeld derselben insofern ins Zentrum gestellt, als dass diese Partei wenige Tage vor der Wahl, wie bereits ausgeführt, ihren Spitzenkandidaten ausgetauscht hatte. Durch die hektische Rochade ihrer Spitzenkandidaten bewies die Partei, dass die Institution Bundesrat solche Irritationen offensichtlich schadlos überstehen kann und die Personenabhängigkeit in der Exekutive nicht im Vordergrund steht. Einzelne Persönlichkeiten spielen in der Regierung offensichtlich keine nachhaltige Rolle und können mehr oder weniger beliebig ausgetauscht werden. Das Gremium als solches scheint eine viel zentralere Rolle zu spielen als die einzelnen Mitglieder selbst.

Worin liegt das Geheimnis der seit 1848 so erfolgreichen politischen Führungsstruktur, wo doch schon die amerikanischen *Federalists*¹⁰, insbesondere Alexander Hamilton, in den Jahren 1787/88 im Zuge des Ratifizierungsprozesses der US-Verfassung in den einzelnen Bundesstaaten ausdrücklich vor einem Gremium gleichberechtigter Magistraten gewarnt, und sich gerade deshalb vehement für eine starke Exekutive in Form eines mit großen Machtbefugnissen ausgestatteten Präsidiums eingesetzt hatten? Dass sich die Gründungsväter der modernen Schweiz trotz dieser Warnung für ein mehrköpfiges Exekutivgremium entschie-

⁹ Als Beispiel: Homepage der SVP Rheintal. Online unter: http://svp-rheintal.ch/leserbrief_49_keinen-verrat-an-der-konkordanz.xhtml (26.01.2013).

¹⁰ Als *Federalists* werden hauptsächlich Alexander Hamilton, James Madison und John Jay bezeichnet. Sie waren in den Verfassungsprozess der USA eingebunden und versuchten, in der Zeitspanne zwischen der Verabschiedung der *Constitution* durch den Kongress und der Ratifizierung in den dreizehn Bundesstaaten, über Artikel in verschiedenen New Yorker Zeitungen Einfluss auf die Stimmberechtigten auszuüben. Die gesammelten Artikel erschienen 1788 in gebundener Form als „The Federalist Papers“. Obschon die Bezeichnung *Federalists* auf eine föderale Verteilung der Aufgaben zwischen dem Nationalstaat und den einzelnen Bundesstaaten hindeuten würde, war es doch gerade jene Gruppierung, welche sich für einen starken Zentralstaat einsetzten.

den haben, lässt sich nur aus dem langen Schatten der schweizerischen Geschichte und ihrer Pfadabhängigkeit erklären, verstehen und nachvollziehen. Gerade die Schweiz, welche heute als Lehrmodell der politischen Gleichberechtigung, der liberalen Verfassung und der ausgeprägten Mitspracherechte des Stimmvolkes gilt, musste sich im Laufe ihrer Geschichte, vor allem im Verhältnis zu den sie umgebenden Großmächten, immer wieder behaupten und zumindest in gewissen Bereichen neu erfinden. Damit wurden Erzählungen, Legenden und realpolitische Verhältnisse sowie chronologische Abläufe in einem so großen Maße miteinander verwoben, dass die historische Rekonstruktion der *Causa Helvetica* nur durch die Entwirrung des Mythos der freien Bauern von den realen historischen Gegebenheiten gelingen kann. Andererseits kann lediglich durch die historische Brille mit Fokus auf die realen Verhältnisse der Herrschaftsausübungen und damit der politischen Führung und Verantwortlichkeiten die heutige Situation und politische Führung der Schweiz alleine nicht nachvollzogen werden. Das Selbstverständnis der modernen Schweiz, gerade wegen ihren mythischen Erzählungen und Überlieferungen, lässt die eidgenössische Gegenwart mit dem Dualismus politischer Abschottung und wirtschaftlicher Öffnung errahnen, oder wie es der bekannte Schweizer Schriftsteller Martin Suter (2011) in seinem Werk ‚Der Koch‘ formulierte:

„Die Welt da draußen bot auch keinen erfreulichen Anblick. Es war endlich an den Tag gekommen, dass die Finanzmärkte jahrelang mit Katzensgold gehandelt hatten. Unsinkbare Banken sandten mit schwerer Schlagseite Notrufe aus. Jeden Tag gerieten mehr Wirtschaftssektoren in den Strudel der Finanzkrise. Automarken machten Kurzarbeit, Zulieferer Konkurs und Financiers Selbstmord. Überall stiegen die Arbeitslosenquoten, Staaten treiben auf den Bankrott zu, Deregulierer retteten sich in die Arme des Staates, Propheten des Neoliberalismus wurden kleinlaut, die globalisierte Welt erlebte den Anfang ihrer globalisierten Krise. – Und als könnte es auch diesen bevorstehenden Orkan in seiner Tauchglocke überleben, begann das kleine Alpenland, sich wieder abzukapseln. Kaum hatte es sich ein wenig geöffnet“ (Suter 2011: 11).

Die Frage der Führung in neuerer Zeit spielt dabei eine entscheidende Rolle, denn der Begriff der *Politischen Führung* ist gleichsam die Gegenthese zur eidgenössisch-egalitären Machtverteilung und Gleichberechtigung, worauf die Schweizerinnen und Schweizer besonders stolz sind. Die Schweiz hat für sich immer wieder den *Sonderfall* (vgl. Widmer 2010: 13ff.) proklamiert. Dass es durch die spätmittelalterliche Reichsunmittelbarkeit bereits den damaligen Eidgenossen gelungen war, sich Privilegien zu erkämpfen und auszuhandeln, ist sicherlich mit ein Grund für die Bildung eines kollektiven Selbstverständnisses

als ‚Rebellenvolk gegen fremde Obrigkeiten‘ im Zentrum europäischer Unruhen und Wirren über Jahrhunderte hinweg. Selbst der große Staatsmann Niccolò Machiavelli (1519) fand dazu in seinen ‚Discorsi‘ anerkennende Worte:

„In dieser Zeit des Loskaufs der Städte empörten sich einige dem Herzog von Österreich dienstbare Gemeinden, darunter Freiburg und Schwyz. Dies waren gleich anfangs vom Glück begünstigt und wuchsen nach und nach zu solcher Macht heran, dass sie nicht nur nicht unter das österreichische Joch zurückkehrten, sondern der Schrecken aller ihrer Nachbarn wurden; dies sind die Schweizer. Deutschland besteht also aus Schweizern, freien Reichsstätten, den Fürsten und dem Kaiser“ (Machiavelli 1519. Zitiert in Zorn 2007: 236).

Zum Mythos beigetragen hat auch eine beispiellose – aber nachvollziehbare – Verklärung der Gründungsgeschichten des nationalen Werdens im 19. Jahrhundert: Einerseits als Argumentation nach Außen gegenüber den Großmächten beim Wiener Kongress von 1815, andererseits gegen Innen bei der Suche nach einer gemeinsamen Geschichte des Zusammenhaltes nach dem Bürgerkrieg von 1847.

Das Konglomerat der XIII-ortigen Alten Eidgenossenschaft war ein eigentliches Unding seiner Zeit: Ohne äußere herrschaftliche Strukturen zusammengehalten und fast ein jeder der Orte mit einem eigenen Status der Reichsunabhängigkeit ausgestattet, trugen lediglich der gemeinsame Wille zu gegenseitiger Kooperation, – wenn auch immer wieder mit wechselnden Partnern – und die Verwaltung gemeinsamer Untertanengebiete mit den sich daraus ableitenden Zwängen der Kompromissfindungen zu diesem erfolgreichen Modell bei. Ein weiterer Beweis für diesen Willen zur Zusammenarbeit ist darin zu finden, dass helvetischen Staatsgrenzen drei verschiedenartige Kulturen und vier Landessprachen in sich vereinen. Während die französische Schweiz im Westen sich sprachlich und kulturell eher mit Frankreich vergleichen lässt, sich das Tessin südlich des Gotthards insbesondere auch wirtschaftlich nach Norditalien orientiert, fühlt sich die Deutschschweiz im Nordosten mit ihren alemannischen Wurzeln und der deutschen Sprache eher mit Süddeutschland und dem österreichischen Vorarlberg verbunden – selbst wenn man dies nicht offen zugibt. Man spricht daher immer wieder von der ‚Willensnation Schweiz‘: Dem Willen zur nationalen Einheit, trotz unterschiedlichen Kulturen, unterschiedlichen Sprachen und einem unterschiedlichen *savoir vivre*. In der Diskussion um den *Sonderfall Schweiz* geht aber oft genug vergessen, dass jede Staatenbildung einen Sonderfall für sich darstellt. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde auch der Begriff des Sonderfalls nur noch vorsichtig verwendet und erlebte erst mit dem Aufschwung natio-

nal-konservativer Bewegungen der letzten Jahre wieder eine inflationäre Anwendung. Dabei gibt es keine standardisierten Gründungsprozesse von Territorialstaaten. Jede Staatenbildung hat ihre eigene Geschichte, ihre eigenen Mythen, Tragödien und Helden.

Der Schweiz zu einem zentraleuropäischen Sonderstatus verholfen hat ferner ein Umstand, welcher nicht von Menschenhand geschaffen wurde: Nämlich die geografische Lage im Herzen Europas mit den trennenden und verbindenden Gewässern im Nordosten, Südwesten und Süden und dem massiven Alpenbogen im Zentrum. Mit dieser europäischen Zentrallage war es historisch wohl immer im Eigeninteresse der Nachbarn, dieses Land entweder selber zu kontrollieren oder dafür zu sorgen, dass es nicht von andern, als den Eidgenossen selber, kontrolliert wurde. So ist es auch nicht erstaunlich, dass gerade das internationale Genf Gastgeberin vieler globaler Organisationen wie des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz IKRK, der Welthandelsorganisation WTO oder der Vereinten Nationen UN mit dem erst jüngst geschaffenen Menschenrechtsrat ist. Die Beherbergung der UNO verdankt die Stadt an der Rhône auch dem Umstand, dass bereits der Völkerbund als Vorgänger der Vereinten Nationen seinen Sitz von 1920 bis 1946 in der Calvin-Stadt hatte. Umso mehr erstaunt auf den ersten Blick der isolationistische Alleingang der Schweiz der letzten dreißig Jahre.

Als eigentliches Schicksalsjahr der jüngeren Isolationspolitik, so sie denn pauschal als solche bezeichnet werden kann und darf, ist das Jahr 1992 zu bezeichnen. Am 6. Dezember lehnte das Stimmvolk an der Wahlurne den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR mit dem denkbar knappsten Resultat bei der Bevölkerung (bei einer überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung) und einem deutlichen Nein bei den Ständen, also den Kantonen, ab¹¹:

Stimmbeteiligung:	78.3%
JA-Stimmenanteil der Bevölkerung:	50.3%
NEIN-Stimmenanteil der Bevölkerung:	49.7%
JA-Anteil bei den Kantonen:	6 Kantone und 2 Halbkantone
Nein-Anteil bei den Kantonen:	14 Kantone und 4 Halbkantone ¹²

In seinem Fazit zu den EWR-Abstimmungsergebnissen kam der Politologe Silvano Moeckli (1993) zum Schluss, dass es vor allem die schwierige Beurteilung

¹¹ Online unter: <http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/19921206/index.html> (02.05.2012).

¹² Quelle: Bundeskanzlei.

Führung durch Nichtführung am Beispiel der Schweiz
Zur Herrschaftsausübung in der Eidgenossenschaft
Koch, M.

2013, XI, 325 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-03403-0